



Politik International

Türkei

GESCHEITERTE WENDE

Was die Wahlen in der
Türkei für das Land und
Europa bedeuten

Beate Apelt



Zusammenfassung

Die weithin gehegte Hoffnung, die Wahlen in der Türkei könnten zu einer Abwahl Erdogans und seiner AKP führen und die Türkei zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zurückführen, hat sich nicht erfüllt. Der Präsident wurde mit 52,18 Prozent wiedergewählt; sein Herausforderer Kılıçdaroğlu brachte es auf immerhin 47,82 Prozent. Auch die Parlamentswahlen entschied die "Volksallianz" aus AKP, der rechtsnationalistischen MHP und der islamistischen YRP mit 323 von 600 Sitzen klar für sich. Trotz zahlreicher beanstandeter Unregelmäßigkeiten schätzen sowohl internationale als auch lokale Wahlbeobachter die Wahl als im Wesentlichen frei ein. Ihr großes Defizit besteht in den unfairen Rahmenbedingungen, die dem Präsidenten durch seinen Zugriff auf Staatsbudget, Justiz, Sicherheitsorgane und mehr als 90 Prozent der Medien einen systemischen Vorteil verschaffte.

Das dennoch beachtliche Ergebnis der Opposition gründete einerseits auf der steigenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der ökonomischen Situation im Land, andererseits auf der sehr breiten Allianz der Opposition, die säkulare bis islamistische und gemäßigt linke bis nationalistische Kräfte umfasste und die zudem die Unterstützung der kurdischen Stimmen für den Präsidentschaftskandidaten Kılıçdaroğlu gewann. Der auf Identität zielende und Ängste vor Instabilität und Terror schürende Wahlkampf Erdogans behielt am Ende jedoch die Oberhand über politische Sachthemen.

In Erdogans dritter Amtszeit wird die Türkei absehbar weiter nach einer unabhängigen, starken Rolle in der Region streben, zugleich aber ein so schwieriges wie militärisch und geopolitisch bedeutsames Mitglied der NATO bleiben. Regional bleibt sie unter anderem als Vermittler zwischen Russland und der Ukraine sowie als Partner bei der Flüchtlings- und Migrationspolitik der EU von Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit der Regierung in Ankara ist unerlässlich für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen – auch wenn sich diese Kooperation eher transaktional als auf einer gemeinsamen Wertebasis gestaltet. Zugleich ist jedoch die Unterstützung der türkischen Zivilgesellschaft unter absehbar immer restriktiveren Bedingungen essentiell, wenn Europa die Türkei nicht vollends verlieren will.

Inhaltsverzeichnis

Die „wichtigsten Wahlen des Jahres“	1
Die Ergebnisse: Demokratische Wende knapp verfehlt	3
Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen	3
Ergebnisse im Ausland	5
Gewinner und Verlierer	6
Der Wahlverlauf: Frei und unfair?	8
Gründe für Erdogans Sieg: Identität und Medienmacht	9
Wie geht es weiter in der Türkei?	11
Regionalpolitische Bedeutung des Wahlausgangs	14
Fazit	16
Quellen	17
Über die Autorin.....	20
Über die Projektregion.....	20

Die „wichtigsten Wahlen des Jahres“

In den weltweit wohl „wichtigsten Wahlen in diesem Jahr“ (If Turkey Sacks Its Strongman, Democrats Everywhere Should Take Heart, 2023) haben die Menschen in der Türkei zwischen dem „Weiterso“ der autokratischen Regierung Erdoğan und einer möglichen Wende zurück zur parlamentarischen Demokratie entschieden. Die Wahlen fanden nicht zufällig an einem historischen Datum statt: Am 14. Mai 1950 hatte die Partei des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk in den ersten freien und fairen Wahlen gegen den religiöskonservativen Herausforderer Adnan Menderes verloren, in dessen Nachfolge sich Recep Tayyip Erdoğan als Verteidiger der gläubigen Massen gegen eine säkularkemalistische Elite gern sieht (vgl. Hoffmann, 2023). Historisch waren auch die Wahlen selbst, denn erstmals in der Ära Erdoğan – er war ab 2003 Ministerpräsident und ist seit 2014 Präsident – mussten er und seine Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) um den Sieg bangen. Während er sich in der ersten Dekade seiner Herrschaft unbestreitbare Verdienste um die Modernisierung des Landes erworben hatte und auch im Westen als Hoffnungsträger gesehen worden war, der einen moderaten Islamismus mit Demokratie und Marktwirtschaft zu vereinen wusste, so begann doch spätestens ab 2013 mit den Gezi-Protesten ein deutlicher autokratischer Umbau des Landes. Inzwischen sind neben der Exekutive des Staates auch die Justiz und der ganz überwiegende Teil der Medien de facto unter Kontrolle des Präsidenten; die Gewaltenteilung ist ausgehebelt. Seit 2017 in einem knappen Referendum das präsidentielle System eingeführt wurde, ist der Machtzugriff des Präsidenten beinahe allumfassend. Mit einer Ausnahme: Nach wie vor ist er auf die Legitimierung durch Wahlen angewiesen. Dass diese auch verloren gehen können, hatten bereits die Lokalwahlen 2019 eindrucksvoll demonstriert, als Istanbul, Ankara und andere wichtige Städte an die Opposition gingen.

Wiewohl auch renommierte Umfrageinstitute in der Türkei einen Sieg der Opposition und ihres Kandidaten Kemal Kılıçdaroğlu für möglich und zuletzt sogar für wahrscheinlich gehalten hatten, gelang die Wende nicht. Spät in der Nacht des 14. auf den 15. Mai drang die Erkenntnis ins Bewusstsein vieler Millionen Fernsehzuschauer: Die Reihenfolge der Stimmverteilung auf die Kandidaten – Erdoğan vor Kılıçdaroğlu – würde sich nicht mehr umkehren. Der Präsident hatte die erste Runde der Wahl gewonnen, seine „Volksallianz“ die Mehrheit im Parlament. Die zweite Runde der Präsidentschaftswahl am 28. Mai erschien nach dieser Niederlage beinahe nur noch als Petitesse. Auch die scharfe Kehrtwendung Kılıçdaroğlus, dessen „radical love“-Wahlkampagne vor dem ersten Wahlgang ein breites Wählerspektrum ansprechen sollte und nach dem 15. Mai von scharf nationalistischen und fremdenfeindlichen Tönen geprägt war, half ihm nicht, ausreichend Menschen für sich an die Wahlurnen zu bringen.

Die Landung auf dem Boden der Tatsachen war hart, hatten doch die Unterstützer der Opposition gehofft, mit einem Sieg eine ReDemokratisierung der Türkei einleiten zu können. Dies wäre weit über die Grenzen der Türkei hinaus von Bedeutung gewesen. Es hätte den Trend hin zu Populismus und illiberalen Systemen gebrochen und all jenen Kräften als Vorbild dienen können, die in ähnlichen politischen Konstellationen

versuchen, populistische und autokratische Machthaber aus dem Amt zu wählen (vgl. Korkmaz, 2023).

Trotz allem, was die türkische Opposition in dem schwierigen politischen Umfeld bei diesen Wahlen erreicht hat, ist die Tür zu einem demokratischen Wandel nun vorerst geschlossen, die Umkehr des weltweiten autoritären Trends verpasst.

Infobox

Allianzen und Parteien in der türkischen Parlamentswahl 2023

CUMHUR İTTİFAKI/VOLKSALLIANZ

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi	Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi	Partei der Nationalistischen Bewegung
YRP	Yeniden Refah Partisi	Neue Wohlfahrtspartei
BBP	Büyük Birlik Partisi	Große Einheitspartei

Auf der Liste der AKP angetretene Parteien, die eigenständig chancenlos gewesen wären:

HÜDA PAR	Hür Dava Partisi	Partei der Freien Sache
DSP	Demokrat Sol Partisi	Demokratische Linkspartei

MİLLET İTTİFAKI/BÜNDNIS DER NATION

CHP	Cumhuriyet Halk Partisi	Republikanische Volkspartei
İYİ	İyi Parti	Die Gute Partei

Auf der Liste der CHP:

DEVA	Demokrasi ve Atılım Partisi	Partei für Demokratie und Wohlstand
GP	Gelecek Partisi	Zukunftspartei
DP	Demokrat Parti	Demokratische Partei
SAADET	Saadet Partisi	Partei der Glückseligkeit

EMEK VE ÖZGÜRLÜK İTTİFAKI/BÜNDNIS FÜR ARBEIT UND FREIHEIT

YSP	Yeşil Sol Parti	Grüne Linke Partei
TİP	Türkiye İşçi Partisi	Arbeiterpartei der Türkei

Auf der Liste der YSP:

HDP	Halkların Demokratik Partisi	Demokratische Partei der Völker
-----	------------------------------	---------------------------------

SOSYALİST GÜÇ BİRLİĞİ/UNION SOZIALISTISCHER KRÄFTE

TKP	Türkiye Komünist Partisi	Kommunistische Partei der Türkei
TKH	Türkiye Komünist Hareketi	Kommunistische Bewegung der Türkei
SOL	Sol Parti	Linke Partei

ATA İTTİFAKI/ALLIANZ DER AHNEN

ZP	Zafer Partisi	Partei des Sieges
AP	Adalet Partisi	Partei der Gerechtigkeit

Die Ergebnisse: Demokratische Wende knapp verfehlt

Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

In den Parlamentswahlen (Seçmen Kütüğü Genel Müdürlüğü, 2023a) wurde die AKP wiederum stärkste Kraft, fuhr jedoch mit 268 Sitzen (2018: 295) ein historisch schlechtes Ergebnis ein, zumal von diesen Sitzen vier der kurdisch-islamistischen HÜDA PAR und einer der DSP gehören, die auf der AKP-Liste angetreten waren. Die rechtsextreme MHP verbesserte sich um einen Sitz auf 50, die islamistische YRP kam auf fünf Sitze. Insgesamt gewann damit die „Volksallianz“ eine absolute Mehrheit von 323 Sitzen in der 600 Sitze großen Nationalversammlung – ein sicherer Vorsprung, aber weniger komfortabel als die 344 Sitze der vergangenen Legislaturperiode.

Die oppositionelle „Nationsallianz“ konnte ihre Präsenz von 189 bei den letzten Wahlen auf 212 verbessern. Während die İYİ-Partei mit 43 Sitzen unverändert dasteht, gewann die CHP 23 Sitze hinzu und ist nun mit 169 Abgeordneten vertreten. De facto gehören davon aber 35 den kleinen Parteien (DEVA 15, Saadet 10, Gelecek 10, DP 3), die auf der Liste der CHP antraten und deren Koalitionstreue über die Legislatur hinweg keineswegs garantiert ist.

Die dritte relevante Allianz, das „Bündnis für Arbeit und Freiheit“, erlangte 65 Parlamentssitze. 61 davon entfallen auf die YSP, unter deren Dach die vom Verbot bedrohte HDP ihre Kandidaten antreten ließ. 2018 hatte die HDP noch 67 Sitze gewonnen. Hinzu kommen 4 Sitze für die TİP. Zwei weitere Allianzen, die „Union sozialistischer Kräfte“ und die „Allianz der Ahnen“ gewannen keine Parlamentssitze.

Auch aus den Präsidentschaftswahlen (Seçmen Kütüğü Genel Müdürlüğü, 2023b) ging Erdoğan weniger stark hervor als in früheren Wahlen – er erreichte in der ersten Runde nur 49,52 Prozent und musste sich erstmals einer Stichwahl stellen. Sein Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu kam auf beachtliche 44,88 Prozent und damit weitaus mehr als der CHP-Kandidat des Jahres 2018 Muharrem İnce, der damals nur 30,64 Prozent erreicht hatte. İnce war, inzwischen aus der CHP ausgetreten und mit seiner eigenen Partei Memleket unterwegs, selbst ins Rennen gegangen. Seine relative Popularität vor allem bei jungen Wählerinnen und Wählern ließ befürchten, dass sein Stimmenanteil eine Stichwahl notwendig machen würde. Im Zusammenhang mit kompromittierenden Videos über ihn zog er seine Kandidatur wenige Tage vor der Wahl zurück, jedoch waren die Wahlzettel bereits gedruckt und die Wahlen im Ausland bereits im Gange. Er erhielt dadurch immerhin noch 0,43 Prozent der Stimmen. Eine Überraschung bedeutete das Ergebnis des zweiten „Spoilerkandidaten“, des ursprünglich aus der MHP stammenden Ultranationalisten Sinan Oğan. Er hatte sich aus der „Allianz der Ahnen“ um das Präsidentenamt beworben, gestützt unter anderem von dem extrem ausländerfeindlichen Ümit Özdağ (Zafer Partisi). Oğan erhielt 5,17 Prozent der Stimmen und zwang damit die Hauptkandidaten in die zweite Runde. Diese entschied Erdoğan mit 52,18 Prozent klar für sich, Kılıçdaroğlu verlor mit 47,82 Prozent – die achte Niederlage der CHP in Folge bei nationalen Abstimmungen während seines Parteivorsitzes.

Ein Blick auf die regionale Verteilung der Ergebnisse zeigt, dass Erdoğan's Wählerschaft in weiten Teilen Anatoliens sowie an der Schwarzmeerküste dominiert, während die Menschen in den Großmetropolen, im Westen der Türkei und im kurdisch dominierten Südosten mehrheitlich für Kılıçdaroğlu stimmten. Bemerkenswert ist das Wahlverhalten in den Erdbebengebieten, wo aufgrund des mangelhaften Krisenmanagements und des laxen Umgangs mit Bauvorschriften eine stärkere Abkehr von Erdoğan erwartet worden war. In fast allen betroffenen Provinzen gewann Erdoğan deutlich, teils mit über 70 Prozent. Die am stärksten betroffene Provinz Hatay ging in der ersten Runde an Kılıçdaroğlu, in der zweiten jedoch an Erdoğan.

Beachtlich ist außerdem die traditionell hohe Wahlbeteiligung in der Türkei. Sie betrug bei diesen Wahlen 88,92 Prozent im ersten und 85,72 Prozent im zweiten Wahlgang. Wird sie von den einen als Ausdruck demokratischer Tradition und Praxis gepriesen, sehen andere den Wahlakt gerade als die letzte Möglichkeit, in einem weitgehend undemokratisch gewordenen System noch seinen politischen Willen auszudrücken. In jedem Fall deutet die hohe Beteiligung darauf hin, dass Wahlen in der türkischen Gesellschaft nach wie vor etwas bedeuten.



Abb. 1 Wahlergebnisse nach Region (Quelle: Oberster Wahlrat YSK, eigene Grafik)

Ergebnisse im Ausland

Im Falle der Türkei lohnt es sich, einen besonderen Blick auf die Wahlberechtigten im Ausland zu werfen, die aufgrund der Größe der Diaspora eine ernstzunehmende Wählergruppe darstellen. Es gibt etwa 3 Mio. Wahlberechtigte im Ausland, die 5,12 Prozent aller Wahlberechtigten ausmachen (AnkaReview, 2023). Seit 2014 haben sie die Möglichkeit, an türkischen Botschaften und Konsulaten ihre Stimme abzugeben, wovon etwa die Hälfte auch Gebrauch macht. In Deutschland, wo 1,5 Mio. in der Türkei Wahlberechtigte leben, gab es 2023 insgesamt 16 Wahllokale.

Traditionell erzielt Recep Tayyip Erdoğan im Ausland bessere Ergebnisse als in der Türkei selbst. So erhielt er in der ersten Runde 57,47 Prozent und in der zweiten Runde 59,71 Prozent im Vergleich zu 49,24 Prozent bzw. 52,18 Prozent im Inland (Milliyet, 2023). Jedoch gilt dies nicht flächendeckend für die türkische Diaspora, sondern besonders in den kontinentaleuropäischen Ländern, wo es konservativ geprägte Wählerschichten vor allem der Gastarbeiterfamilien zweiter und dritter Generation gibt. In Deutschland stimmten wie bereits 2018 etwa 67 Prozent für Erdoğan – wohlgemerkt bei einer Wahlbeteiligung von ca. 50 Prozent, wobei nur etwa die Hälfte der Menschen in Deutschland mit Türkei-Hintergrund überhaupt noch türkisches Wahlrecht haben. Die Gründe für dieses Phänomen sind vielschichtig. Neben der genannten konservativen Disposition speziell der nach Deutschland Zugewanderten und ihrer Nachkommen spielt eine wesentliche Rolle, dass Erdoğan und die AKP sich aktiv um die ausländische Wählerschaft bemühen. So gelingt es Erdoğan und seiner Partei, Zugehörigkeit und Nationalgefühl gerade dort zu vermitteln, wo Menschen sich in ihrer neuen Heimat oft als Bürger zweiter Klasse empfinden und sich aufgrund wiederkehrender Diskriminierungserfahrungen nicht als „echte Deutsche“ erleben. Zudem kann der Präsident auf ein ideales institutionelles Netzwerk zurückgreifen, indem in sämtliche DITIB-Moscheen Imame aus der Türkei und damit Angestellte der türkischen Religionsbehörde entsandt werden. Der direkte Einfluss über die Moscheegemeinden ist ein Vorteil, den die Vertreter der Opposition durch keine Wahlkampagne ausgleichen können.

Eine Ausnahme innerhalb Deutschlands bildet Berlin, wo aufgrund des repressiven politischen Klimas in der Türkei in den letzten Jahren viele Menschen zugewandert sind, die für die Opposition stimmen. Hier lagen die beiden Kandidaten etwa gleichauf.

Insgesamt haben die Auslandstürken zwar mehrheitlich Erdoğan gewählt und damit in ihren demokratischen Gastländern einmal mehr berechtigte Diskussionen über Integration, Diskriminierung, ausländischen Wahlkampf und Staatsbürgerschaftsfragen entfacht. Ausschlaggebend für Erdoğan's Sieg waren sie rechnerisch jedoch nicht.

Infobox: Daten und Fakten zu den Wahlen in der Türkei

Parlamentswahl

Gewählt werden 600 Abgeordnete. Jede der 81 türkischen Provinzen erhält eine bestimmte Anzahl Abgeordneter entsprechend ihrer Einwohnerzahl. Es gilt eine 7-Prozent-Hürde.

Präsidentenwahl

Kandidaten können durch Unterschrift von 100.000 Wahlberechtigten oder durch 20 Mitglieder des Parlaments aufgestellt werden.

Wahllokale

87 Wahlbezirke
973 Wahlkreise
191.884 Wahlurnen

Wahlberechtigte

In der Türkei – 60.697.843
Im Ausland – 3.416.498
Gesamt – 64.114.341

Wahlbeteiligung

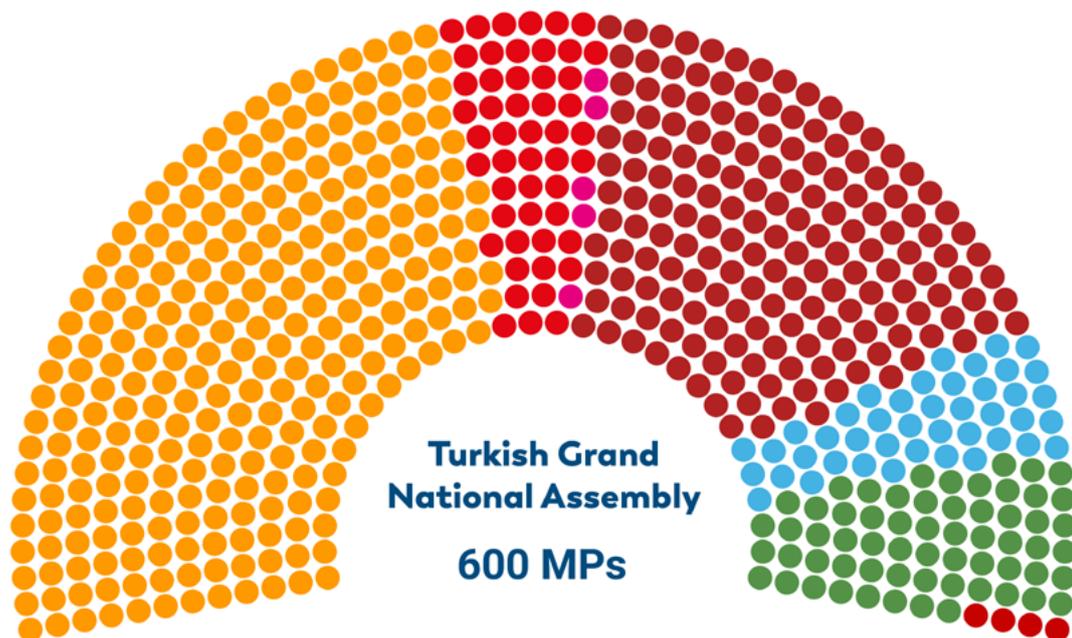
1. Runde	2. Runde
Inland – 88,92 %	Inland – 85,72 %
Ausland – 49,40 %	Ausland – 52,04 %
Gesamt – 87,04 %	Gesamt – 84,15 %

Gewinner und Verlierer

Jenseits des Wahlsieges Erdoğan's lohnt ein differenzierter Blick auf die relativen Erfolge und Verluste einzelner politischer Kräfte. Der Opposition unter Führung der CHP ist es gelungen, eine sehr breite Allianz von säkularen bis islamistischen, von Mittellinks- bis zu nationalistischen Kräften zusammenzubringen und über ein Jahr zusammen zu halten. Das einende Element der sechs Parteien des Oppositionsbündnisses war der Wunsch, die Ära Erdoğan zu beenden und zu einem gestärkten parlamentarischen System zurückzukehren. Sichtbar demonstriert wurde dieser lagerübergreifende und integrative Ansatz in der „radical love“-

Kampagne, die die zum Herz zusammengelegten Hände als Symbol prägte und auf Hassbotschaften gegenüber dem politischen Gegner verzichtete. Die Einbeziehung der islamistischen Saadet-Partei und der AKP-Abspaltungen DEVA und Gelecek eröffnete konservativ-religiösen Wählerinnen und Wählern erstmals eine Alternative zu Erdoğan's AKP. Zudem gelang es, die Unterstützung der pro-kurdischen HDP zu gewinnen, die zugunsten Kılıçdaroğlu auf die Aufstellung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten verzichtete. Die Kompromissbereitschaft sowohl der HDP, die nicht mit am „Sechsertisch“ der Opposition Platz nehmen und keinerlei Bedingungen für ihre Unterstützung stellen durfte, als auch die der nationalistischen İYİ-Partei, führten zu einem in der ersten Runde knappen Wahlergebnis, das man – vor allem verglichen mit früheren Wahlen – durchaus als Erfolg bezeichnen kann. Der Präsident stand noch nie so schwach da wie zum Zeitpunkt dieser Wahlen, und die AKP landete mit nur 35,63 Prozent der Stimmen in einem Allzeittief.

Als relativen Gewinner dieser Wahlen kann man wohl den türkischen Nationalismus bezeichnen. Weder ein Ergebnis von über zehn Prozent für die rechtsextreme MHP noch die 5,17 Prozent für den dritten Präsidentschaftskandidaten und Ultranationalisten Sinan Ogan waren von Umfrageinstituten und Experten vorhergesehen worden. Im Übrigen auch vom Erdoğan-Lager selbst nicht, war doch mit der Wahlrechtsreform 2022 ganz offensichtlich die 10-Prozent-Hürde auf sieben Prozent abgesenkt worden, um dem Koalitionspartner MHP einen Wiedereinzug zu garantieren. Im Vorfeld der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl konnte sich Ogan als Königsmacher gerieren, auch wenn ihm dabei letztlich nicht alle seine Wähler folgten (vgl. Ertan, 2023). Er entschied sich nach Gesprächen mit beiden Lagern, in der Stichwahl Erdoğan zu unterstützen, während sein Mitstreiter in der ATA-Allianz, der allein auf das Thema Flüchtlinge setzende Ümit Özdağ, sich dem Lager Kılıçdaroğlu anschloss. Rechtsnationalistische Kräfte sind – siehe MHP in der „Volksallianz“ und İYİ in der „Nationenallianz“ – ohnehin nicht nur einem der beiden Lager zuzuordnen. Wie ihre parteipolitische und personelle Aufstellung sich in der neuen Legislaturperiode entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Klar ist jedoch: Es gab einen Rechtsruck, der sich auch in den moderat nationalistischen Parteien widerspiegelt. Am deutlichsten wurde dies in der Kampagne Kılıçdaroğlu für die Stichwahl, die auf scharfe Anti-Flüchtlings-Rhetorik setzte. Das Versprechen der Rückführung von 10 Mio. Flüchtlingen im ersten Regierungsjahr (während offiziell nur vier Mio. Flüchtlinge im Land sind), Wahlplakate mit dem Konterfei Kılıçdaroğlu und dem Slogan „Die Syrer. Werden. Gehen“ sowie Aussagen wie „Die Grenze ist unsere Würde“ und „man muss verhindern, dass unkontrollierte Ströme [...] in unsere Adern eindringen“ zielten auf das nationalistische Wählerpotential. Dass eine derart scharfe Wendung im Ton (neu waren sein Standpunkt zur Migration keineswegs) zwar Dispute in der Koalition auslöste, aber die Wähler Kılıçdaroğlu kaum irritiert hat, weist nicht nur auf die weit verbreitete Wahrnehmung der Flüchtlingsmigration als Problem hin. Es illustriert auch, dass der türkische Nationalismus eine in großen Bevölkerungsteilen verankerte Grundkonstante der Republikgeschichte ist, die sich in den letzten Jahren verstärkt hat und weiter verstärken wird (vgl. Adar, 2023).



PARTY	MP
PEOPLE'S ALLIANCE	
● Justice and Development Party (AK Party)	323
● Nationalist Movement Party (MHP)	268
● New Welfare Party (YRP)	50
	5
NATION'S ALLIANCE	
● Republican People's Party (CHP)	212
● Good Party (İYİP)	169
	43
LABOR AND FREEDOM ALLIANCE	
● Green Left Party (YSP)	65
● Turkish Labor Party (TİP)	61
	4

Abb. 2: Sitzverteilung im Parlament (Quelle: Oberster Wahlrat YSK, eigene Grafik)

Der Wahlverlauf: Frei und unfair?

Internationale Wahlbeobachter, wie die Beobachtermissionen des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR, eine Unterorganisation der OSZE), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates konnten keine systematischen Versuche des Wahlbetrugs feststellen. Hunderttausende freiwillige lokale Wahlbeobachter, durch die Parteien entsandt und über zivilgesellschaftliche Organisationen auf die Wahllokale verteilt, meldeten zwar zahlreiche Unregelmäßigkeiten und sorgten mit ihrer Anwesenheit sicherlich dafür, diese einzudämmen (vgl. Apelt, 2023a). Im

Grundsatz wurden aber die Ergebnisse von keiner Seite in Frage gestellt. Kritik wurde jedoch an den sehr ungleichen Bedingungen des Wahlkampfes geübt. Dazu gehörte neben der eingeschränkten Versammlungsfreiheit und des immensen Drucks auf Kandidaten und Unterstützer vor allem von HDP bzw. YSP insbesondere die Kontrolle des Präsidenten über Justiz, administrative Ressourcen – inklusive des Staatshaushalts – sowie einen Medienanteil von über 90 Prozent. Die Charakterisierung als unfair liegt auf der Hand. Die „Freiheit“ der Wahlen lässt sich schwieriger bestimmen. Sie würde implizieren, dass ein anderer Ausgang tatsächlich möglich war – eine Annahme, die große Teile der türkischen Bevölkerung offenbar geteilt haben, egal für wen sie gestimmt haben. Wo genau die Grenze verläuft zwischen einer „technisch freien“ (vgl. Zakaria, 2023) Wahl, bei der Menschen Zugang zum Wahllokal und die Wahl zwischen mehreren Kandidaten haben, und einer wirklich freien Wahl, deren Ausgang unbestimmt ist, darf Gegenstand der Diskussion bleiben.

Gründe für Erdoğan's Sieg: Identität und Medienmacht

Die Frage „Warum hat die Opposition trotz der autoritären Bedingungen so viele Stimmen bekommen?“ lässt sich mit gleicher Berechtigung stellen wie „Warum konnte Erdoğan trotz Inflationskrise und Erdbeben noch gewinnen?“. Mehrere Faktoren, von der Persönlichkeit der Kandidaten über strukturelle Rahmenbedingungen bis zu den Wahlkampagnen selbst, wirkten auf das Ergebnis ein.

Die Kandidaten selbst haben eine sehr unterschiedliche Ausstrahlungskraft in ihre potentiellen Elektorate. Kemal Kılıçdaroğlu hat sich als Mann von Prinzipien, bodenständig und unbestechlich präsentiert und mit Wahlkampfvideos aus seiner Küche oder seinem Arbeitszimmer bewusst einen Kontrapunkt gesetzt zu einem Präsidenten, der in einem Palast mit 1.000 Zimmern wohnt. Er wagte es auch, seine Zugehörigkeit zur alevitischen Bevölkerungsgruppe zu thematisieren, anstatt sie wie bisher wie einen Makel zu überspielen. Es mangelt ihm allerdings an Charisma und er machte auch Fehler: Bilder, wie er aus Versehen mit Schuhen auf einen Gebetsteppich tritt, und die unbelegte Anschuldigung, Russland mische sich in den Wahlkampf ein, nützten seiner Kampagne nicht und wurden von der Gegenseite nach Kräften gegen ihn verwendet. Die Zweifler in den eigenen Reihen, ob er der geeignete Kandidat sei, lagen offenbar richtig. Denn Recep Tayyip Erdoğan ist von einem anderen Kaliber. Seine Anhänger sehen ihn nach wie vor als „einen von uns“ und bewundern ihn für die unbestreitbaren Verdienste seiner frühen Amtsjahre. Erdoğan, selbst aus einem bescheidenen und konservativen Milieu aufgestiegen und politisch verfolgt, setzte auf eine Mischung aus Sichtbarmachung der Religion, sozialer Gerechtigkeit und Kapitalismus. Die Fortschritte seiner frühen Regierungsjahre sind unbestreitbar. Die AKP-Regierung läutete nicht nur eine Phase stabilen Wirtschaftswachstums ein, sondern sorgte durch verbesserte Gesundheitsvorsorge, Wohnungssituation und Infrastruktur für einen spürbaren Anstieg des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten. Hinzu kam eine Stärkung religiöser und kultureller Rechte, von der durchaus auch Minderheiten profitierten. In Richtung Europa konnten sich Erdoğan und die AKP zu Beginn seiner ersten Amtszeit als „muslimische Demokraten“ verkaufen (vgl. Bechev, 2023).

Erdoğan's unbestreitbares Charisma und sein Ruf als „Macher“ und starke Führungspersönlichkeit lassen ihn auch nach Jahren des autokratischen Umbaus vielen noch als Identifikationsfigur und den besseren Problemlöser erscheinen – und wenn auch nur aus Mangel an Alternativen. Doch neben der ideellen Verbundenheit dürfte es auch die Angst vor dem Verlust von Privilegien sein, die viele Menschen am Status quo festhalten lassen, profitieren doch Millionen von ihrer Stellung im Öffentlichen Dienst oder generell von ihrer Zugehörigkeit zum religiös-konservativen Lager.

Die unbestreitbare Leistung der Opposition im Wahlkampf war sicherlich, über viele Monate eine breite Allianz zusammenzuhalten, die säkulare wie islamistische Kräfte vereinte und politisch ein Feld von Mittellinks bis nationalistisch umspannte. Hinzu kommt, dass es gelang, die Unterstützung der kurdischen Wählerschaft für Kılıçdaroğlu zu gewinnen. Die inklusive „Radical love“-Kampagne gab Hoffnung, dass sich gesellschaftliche Gräben überwinden ließen. Erstmals stand es Wählern theoretisch frei, die Wahlentscheidung nicht wie zuvor nach Identität, sondern nach einem Politikangebot zu fällen (vgl. Seufert, 2023). Doch der Ansatz kam nicht überall an: Die Sozialen Medien der Opposition erreichen Teile der Bevölkerung nicht, und gerade der inklusive Ansatz, die Aussicht auf etliche Vizeminister der verschiedenen Parteien, löste Angst vor Instabilität und Chaos aus. Erdoğan's Kampagne stellte lange die außenpolitische Stärke der Türkei und die Errungenschaften seiner Regierung in den Mittelpunkt. So wurde der weltweit erste Drohnenträger im Wahlkampf der Öffentlichkeit vorgestellt, das erste Kernkraftwerk eingeweiht und die Gasleitung zur ersten eigenen Förderstätte im Schwarzen Meer offiziell in Betrieb genommen. Die letzte Phase des Wahlkampfes war jedoch gekennzeichnet von einer Dämonisierung des politischen Gegners, dem Schüren von Angst vor PKK-Terrorismus, in dessen Nähe die Opposition beständig gerückt wurde. Der vermeintliche Erfolg der Opposition, die Unterstützung der kurdischen Stimmen gewonnen zu haben, wurde dadurch in einen Nachteil umgewandelt, der potentielle Wechselwähler offenbar abschreckte. Neben der erfolgreichen Angst- und Identitätskampagne war es jedoch unstrittig der „Amtsbonus“, der Erdoğan zu Wiederwahl verholfen hat. Gemeint ist ein System, das systematisch den Amtsinhaber fördert, da dieser Kontrolle über legislative und staatliche finanzielle Ressourcen, Justiz, Sicherheitsorgane, Medien und Moscheen hat. So war schon das am 31. März 2022 verabschiedete neue Wahlgesetz darauf ausgelegt, die Chancen der AKP zu verbessern (vgl. Çevik, 2023). Politische Gegner wurden mit juristischen Mitteln kaltgestellt, etwa durch das Verbotsverfahren gegen die HDP, durch welches die Partei sich gezwungen sah, auf den Listen der YSP anzutreten; durch die Verfahren gegen Ekrem İmamoğlu, die ihn als Präsidentschaftskandidaten riskant erscheinen ließen, obwohl seine Umfragewerte deutlich über denen Kılıçdaroğlus lagen; durch reihenweise Verhaftungen vor allem kurdischer Kandidaten, Journalisten und Anwälte wenige Tage vor den Wahlen (vgl. Mass arrests in Turkey target Kurdish politicians, journalists, lawyers, and artists, 2023) und vieles mehr. Zum Amtsbonus gehörte auch die Möglichkeit, die Verbesserung der finanziellen Situation vieler Menschen nicht nur zu versprechen, sondern bereits vor dem Wahltag zu liefern. So wurde in den ersten Monaten 2023 der Mindestlohn auf 443 USD verdoppelt, die Gehälter der öffentlichen Angestellten und Angestellten des Gesundheitssystems erhöht, ein

Frührentenpaket verabschiedet, von dem sofort 2 Mio. Menschen profitierten, und Steuererleichterungen für Millionen Bürgerinnen und Bürger geschaffen (vgl. Soylu, 2023).

Ganz wesentlich ist aber die faktische Kontrolle Erdoğan's über mehr als 90 Prozent der Medien, die ausschließlich die Narrative der Regierung darstellen und die Opposition höchstens negativ behandeln. Dass der staatliche Sender TRT zwischen dem 1. April und 11. Mai dem Präsidenten 48 Stunden Sendezeit, seinem Herausforderer aber nur 32 Minuten zugestand, illustriert das Problem (vgl. Kilic, 2023). Auch wenn es weiterhin oppositionelle Medienorgane und unabhängige Journalisten gibt, bleibt ihr Marktanteil bescheiden und ein Großteil der Bevölkerung ist äußerst einseitig informiert.

Viele weitere Faktoren ließen sich Erdoğan für den Misserfolg der Opposition anführen wie die Frage der Wahlbeteiligung der tendenziell weniger konservativen jungen Wählerschaft und die Rolle der eingebürgerten Flüchtlinge, die offenbar überwiegend Erdoğan wählen, ebenso Organisationsdefizite bei der Opposition. Die Gesamtschau legt jedoch nahe, dass vor allem zwei Faktoren für die gescheiterte Wende in der Türkei verantwortlich sind: Erstens sorgt der äußerst ungleich verteilte Zugriff auf die Medien und die einseitige Berichterstattung der Pro-Regierungs-Medien dafür, dass die Botschaften der Oppositionskräfte weite Teile der Bevölkerung – und vor allem unzufriedene AKP-Wähler – gar nicht erreicht haben. Die tiefe Spaltung der Gesellschaft spiegelt sich auch darin, dass die beiden Lager in sich fast nicht berührenden Informationsräumen unterwegs sind. Zweitens ist es der Opposition nicht gelungen, das identitätsbezogene Lagerdenken durch ihr inklusives Angebot zu überwinden. Auch wenn die Opposition durch ihre Einigkeit und die verbreitete Unzufriedenheit über die schlechte Wirtschaftslage an Stärke gewonnen hat (vgl. Cagaptay, 2023): Der auf Identität und kulturelle Zugehörigkeit abstellende Wahlkampf des Erdoğan-Lagers behielt im Verbund mit seinem systematischen Startvorteil am Ende die Oberhand. „Geldfragen sind wichtig, aber Identität kann wichtiger sein“ (Ciddi und Cook, 2023).

Wie geht es weiter in der Türkei?

Eine dramatische Politikänderung ist kurz nach den Wahlen nicht absehbar. Der Horizont für politisches Handeln ist durch die Lokalwahlen im März 2024 abgesteckt. Im ersten Kabinetttreffen benannte der Präsident unter anderem Stabilität und Sicherheit als seine Prämissen und versprach, die Inflationszahlen wieder in den einstelligen Bereich zu senken und die Türkei unter die zehn stärksten Wirtschaftsnationen zu führen. Mit vorsichtig positiver Überraschung ist die Vorstellung seines neuen Kabinetts kommentiert worden. Es besteht weitgehend aus „fähigen Technokraten“ (Zaman, 2023), die an Erdoğan's frühe Reformzeiten erinnern.

Besondere Aufmerksamkeit erfährt die Ernennung Mehmet Simseks als Finanzminister, der als rationaler und marktwirtschaftlich orientierter Politiker, geradezu als „Liebling der Märkte“, gilt und auch international Vertrauen genießt. Er war bereits unter den Ministerpräsidenten Erdoğan und Davutoğlu Finanzminister, war aber 2018 in Ungnade gefallen, da er sich gegen Erdoğan's Niedrigzinspolitik gestellt hatte. Nun kündigt er Schritte in Richtung Preisstabilität, Inflationsbekämpfung und eine gesunde makroökonomische Entwicklung an. Das Außenministerium hat Hakan Fidan, bisheriger Leiter des Geheimdienstes MIT, übernommen. Der Geheimdienst wurde wiederum an den bisherigen Sprecher des Präsidenten, Ibrahim Kalin, übergeben. Fidan, der einen militärischen Hintergrund hat und unter anderem in den USA ausgebildet ist, wird von westlichen und mittelöstlichen Diplomaten mehr intellektuelles Gewicht und Feingefühl zugesprochen als seinem Vorgänger Mevlut Çavuşoğlu (vgl. ebd.). Der kontroverse Innenminister Suleyman Soylu, der immer wieder durch schrille Töne und stark antiamerikanische Positionen auffiel, wurde durch einen Karrieretechnokraten, den früheren Istanbuler Gouverneur Ali Yerlikaya, ersetzt. Der frühere Generalstabschef Yasar Guler folgt Hulusi Akar im Amt des Verteidigungsministers. Auch er könnte gemäßigte Töne anschlagen als sein Vorgänger.

Zu den positiven Überraschungsmomenten gehört sicher, dass das Kabinett vier kurdische Minister enthält, es mit Cevdet Yilmaz einen kurdischen Vizeminister gibt und als Chefin der Zentralbank die ausgewiesene und international erfahrene Finanzexpertin Hafize Gaye Erkan verpflichtet wurde.

Doch der vermeintlich gute Eindruck der neuen Regierungsmannschaft sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik letztlich von einem Mann gemacht wird: Recep Tayyip Erdoğan. Inwieweit er den neuen Ministern die notwendige Handlungsfreiheit geben wird – und zwar auch über die Lokalwahlen 2024 hinaus – bleibt abzuwarten.

Vordringlichste Aufgabe für die neue Regierung ist die Bekämpfung der hohen Inflation, die inzwischen nach offiziellen Angaben von ihrem Höchststand von 85,5 Prozent im Herbst 2022 auf 39,59 Prozent abgesunken ist. Auch die Türkische Lira verdient Beachtung. Lange durch ausländische Geldzuflüsse und den Ausverkauf der staatlichen Devisenreserven stabil gehalten, begann sie direkt nach dem zweiten Wahltag abzurutschen. Die erste Sitzung der Zentralbank am 22. Juni wird mit entsprechender Spannung erwartet.

Innenpolitisch erbt die neue Regierung die ungelöste Kurdenfrage, zu deren Bearbeitung keinerlei Ansätze erkennbar sind. Vor allem aber hat es die Führung in Ankara mit einer gespaltenen Gesellschaft zu tun, deren eine Hälfte sie ablehnt und ihr in den nächsten Wahlen – in welcher Konstellation auch immer – wiederum als Gegner gegenübersteht. Mit einer weiteren Einschränkung von Freiheitsrechten ist daher zu rechnen, inklusive der strafrechtlichen Verfolgung Andersdenkender und politischer Gegner und der weiteren Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit. Das HDP-Verbot dürfte nur noch eine Frage von Monaten sein und mit einem Politikverbot zahlreicher HDP-Politiker einhergehen. Besonders gefährdet scheint die LGBTI+-Community, die auch nach den Wahlen aktiv öffentlich dämonisiert wird.

Im Vorfeld der Lokalwahlen 2024 ist zudem damit zu rechnen, dass der Istanbuler Bürgermeister mithilfe politisch motivierter Gerichtsverfahren an weiterer politischer Tätigkeit gehindert wird. Die überraschende Aufhebung der Urteile gegen vier Menschenrechtsverteidiger am 6. Juni nährte die Hoffnung, dass der Druck gegen die Zivilgesellschaft auch nachlassen könnte. Glaubwürdig wäre ein moderaterer Kurs jedoch erst, wenn in Übereinstimmung mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte politische Gefangene wie Osman Kavala oder Selahattin Demirtaş freigelassen würden oder die Verfahren gegen İmamoğlu eingestellt würden.



Abb. 3: Das neue Kabinett (Quelle: Presidency of Türkiye, eigene Grafik)

Außenpolitisch sind kurz nach den Wahlen keine scharfen Kehrtwenden absehbar. Erdoğan wird weiterhin versuchen, die Türkei als starke Regionalmacht zu positionieren und seine besondere Position zwischen der NATO und Russland, zwischen der EU und dem Mittleren Osten bestmöglich für seine Zwecke zu nutzen. Möglich ist ein noch stärkeres Zugehen auf Moskau, nicht aus ideologischer Nähe, sondern aufgrund der finanziellen Nöte der Türkei und gegenseitiger Abhängigkeiten. Ob eine Wiederannäherung an die NATO-Partner, insbesondere die USA, gelingt, bleibt abzuwarten. Viel wird daran liegen, ob die Türkei ihre Blockadehaltung zum NATO-Beitritt Schwedens aufgibt. Bewegung könnte es in den Beziehungen zu Syrien geben, wo Präsident Assad erstmals die Erwartung ausgedrückt hat, die Türkei würde Teil einer Problemlösung sein.

Regionalpolitische Bedeutung des Wahlausgangs

Die Charakterisierung als „weltweit wichtigste Wahlen 2023“ rührte von der Erwartung her, es könne in der Türkei gelingen, eine autokratische Regierung mit demokratischen Mitteln abzulösen, sprich aus dem Amt zu wählen. Dies hätte für viele demokratisch gesinnte Kräfte in der Region, aber auch weltweit, ein ermutigendes Signal bedeutet und den bestehenden illiberalen Trend in vermeintlich demokratisch verfassten Staaten brechen können. Diese Erwartung hat sich nicht realisiert, die Bewertung als „wichtigste Wahl“ muss im Nachhinein revidiert werden. Dennoch hat selbstverständlich der Übergang in eine dritte Amtszeit Erdoğan's Implikationen für Europa und die Nachbarregionen der Türkei.

Zunächst ist mit der Verfestigung des autoritären und antiwestlichen Trends jede Hoffnung auf eine Wiederaufnahme des EU-Beitrittsprozesses zunichtegemacht worden. Über den Umgang mit dem auf Eis liegenden Prozess sollte neu nachgedacht werden. Sowohl für seine formale Beendigung einerseits als auch für seine Beibehaltung als Rahmen für die Kooperation und nicht zuletzt die Unterstützung der Zivilgesellschaft andererseits gibt es valide Argumente. Doch gibt es unabhängig davon etliche Themenfelder, in denen konkrete Kooperation von gemeinsamem Interesse ist, seien es die Erneuerung der Zollunion und die Visaliberalisierung (in beiden Fällen liegt der Ball im Feld der Türkei) oder auch Fragen der Energiewende. Hinsichtlich der regionalen Bedeutung der Türkei-Wahlen sollen zwei Aspekte besonders in den Blick genommen werden: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und das Thema Flucht und Migration.

Im Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Türkei eine Mittlerposition inne (vgl. Apelt, 2023b). Sie pflegt eine strategische Rüstungskooperation und enge wirtschaftliche Beziehungen zur Ukraine, die Krimtataren sind ein kulturelles Band. Die russische Aggression wird aus Ankara verurteilt, wie auch die Annexion der Krim von 2014 nie anerkannt wurde. Als Hüterin der Meerengen Bosphorus und Dardanellen hat die Türkei nach Kriegsbeginn – entsprechend den Möglichkeiten der Montreux-Konvention – die Durchfahrt von Kriegsschiffen ins Schwarze Meer gesperrt. Zugleich sind die Beziehungen nach Moskau eng und durch gegenseitige Abhängigkeiten geprägt. Die Türkei bezieht einen Großteil ihres Gases aus

Russland und russische Staatsbürger stellen die größte Gruppe in der wichtigen Tourismusindustrie dar. Zugleich ist die Türkei zu einem Zufluchtsort für russisches Kapital und russische Unternehmen geworden, die versuchen, die westlichen Sanktionen zu kompensieren. Erdoğan versuchte bereits vor Kriegsausbruch immer wieder, die russische und die ukrainische Seite an einen Tisch zu bringen. Nicht immer stieß dies insbesondere in Moskau auf Resonanz. Dennoch gab es immer wieder konkrete Erfolge, am sichtbarsten im bereits mehrfach verlängerten Getreideabkommen, aufgrund dessen ukrainisches Getreide wieder übers Schwarze Meer exportiert werden kann. Auch Gefangenenaustausche wurden durch die türkische Regierung vermittelt: Fünf Verteidiger des Asovstal-Werkes in Mariupol befinden sich weiterhin unter persönlichem Schutz Erdoğan's in der Türkei (vgl. Stefanchuk meets with Azovstal defenders in Turkey, 2023). Der Kriegsverlauf wird auch künftig Vermittlung notwendig machen, und die Türkei unter Erdoğan ist aufgrund der engen Beziehungen zu beiden Seiten prädestiniert für die Aufgabe. Eine Regierung Kılıçdaroğlu hätte sich zwar keineswegs völlig von Russland abwenden können, jedoch vermutlich eindeutiger Stellung für die transatlantischen Bündnispartner und die Ukraine bezogen. Problematisch an der uneindeutigen Position der Türkei ist, dass die Offenheit des Landes und seiner Märkte für russische Reisende und Unternehmen eine natürliche Schwachstelle im westlichen Sanktionsregime bildet. Will man die Sanktionen gegen Russland wirklich effektiv gestalten, müssen Umgehungsstrategien aufgedeckt und gegebenenfalls mit Sekundärsanktionen unterbunden werden.

Für die nach Europa gerichteten Flucht- und Migrationsbewegungen ist die Türkei ein Schlüsselstaat, dessen Kooperation in Zukunft einen höheren Preis haben könnte. Die EU wäre gut beraten, hierzu rechtzeitig die enge Abstimmung mit der Türkei zu suchen. Die Türkei trägt mit offiziell knapp 4 Mio. – de facto noch mehr – Geflüchteten die Hauptlast vor allem der Fluchtbewegungen aus Syrien, aber auch aus Afghanistan, Pakistan und anderen Ländern. Noch lange nach dem Beginn des syrischen Bürgerkriegs 2011 herrschte eine große Offenheit und Hilfsbereitschaft gegenüber die Geflüchteten, befördert von der Regierung, die die Hilfeleistung gegenüber den muslimischen Brüdern und Schwestern als eine Selbstverständlichkeit darstellte. Auf dieser Grundlage konnte der so genannte „Flüchtlingsdeal“ mit der EU geschlossen werden, innerhalb dessen die EU – verkürzt gesagt – Milliarden für die Versorgung der Geflüchteten zur Verfügung stellt und die Türkei im Gegenzug dafür sorgt, dass diese nicht in die EU weiterziehen. Doch der gesellschaftliche Konsens in der Türkei über die Beherrschung der Geflüchteten ist nicht mehr vorhanden; die Stimmung hat sich etwa seit 2020 massiv gegen sie gerichtet. Viele Menschen befürchten, dass vor allem die Syrer zur religiös-konservativen Veränderung der Gesellschaft beitragen. Aber auch die wahrgenommene Konkurrenz im Niedriglohnsektor in Zeiten der Inflationskrise trägt dazu bei, dass sich inzwischen 82 Prozent der türkischen Bevölkerung eine Rückführung der syrischen Geflüchteten wünschen (vgl. Van Heukelingen und Püttmann, 2023). Die Migration spielte auch im Wahlkampf eine Rolle, insbesondere vor der zweiten Runde, als Kılıçdaroğlu scharf nationalistische Töne anschlug. Erdoğan hat sich zu jeder Zeit moderater geäußert, doch auch er kann den Druck der öffentlichen Meinung nicht ignorieren und verspricht die Rückführung von 1 Mio. Menschen nach Syrien innerhalb des nächsten Jahres.

Die Annäherungsversuche an das syrische Regime – es gab bereits Gespräche auf Ebene der Verteidigungs- und Außenminister zusammen mit Russland und Iran – dienen nicht zuletzt dem Ziel, Perspektiven für Rückführungen zu öffnen. Die Aussichten für diese Bemühungen wie generell für eine friedliche Lösung innerhalb Syriens sind nicht rosig. Im Gegenteil ist ein verstärkter Migrationsdruck auf die Türkei auch in Zukunft nicht auszuschließen. Das stellt auch die EU-Staaten vor große Herausforderungen, da auch hier die Akzeptanz für unregelmäßige Zuwanderung sinkt. Mit Blick auf die Flüchtlingsproblematik ist die Türkei unter Erdoğan für die EU vermutlich ein einfacherer Ansprechpartner, als sie es unter Führung der Opposition gewesen wäre – dass man hierüber in Brüssel möglicherweise sogar erleichtert ist, wird in der türkischen Opposition bitter vermerkt. Ein „Weiterso“ im Sinne des bisherigen „Flüchtlingsdeals“ könnte aber auch unter der neuen Erdoğan-Regierung schwieriger werden, da dieser in der türkischen Öffentlichkeit keine Akzeptanz mehr findet.

Fazit

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen haben dem Land zunächst ein „Weiterso“ beschert, einschließlich eines Präsidenten Erdoğan und sicher auch weiter zunehmender Einschränkungen von Freiheiten, Rechtsstaat und Menschenrechten. Ob die Türkei sich damit automatisch in eine verfestigte Autokratie verwandelt, aus der es absehbar keine Rückkehr zu demokratischen Spielregeln gibt – etwa nach dem Beispiel Russland – ist jedoch keineswegs gesichert. Der Präsident wird aus Altersgründen möglicherweise keine weitere Amtszeit anstreben. Er persönlich spielt im derzeitigen Politbetrieb jedoch die alles entscheidende Rolle. Fällt er aus, besteht durchaus die Chance, dass sich die politische Landschaft neu sortiert und sich säkulare und islamisch-konservative Kräfte wieder in der Regierungsverantwortung ablösen. Viele Vertreter der Opposition scheinen genau darauf zu hoffen. Möglich ist allerdings auch ein Szenario, in dem das System Erdoğan mit seiner starken Parteistruktur, staatlichen Wohlfahrtsleistungen und einer Kontrolle des öffentlichen Informationsraums seinen Erbauer überlebt. Zu diesem Zweck könnte der Präsident durchaus während der laufenden Amtszeit einen Nachfolger aufbauen und einsetzen (vgl. Koru, 2023). Ebenso steht zu befürchten, dass die Rahmenbedingungen für jede künftige Wahl noch unfairer gestaltet werden, um das Risiko einer Niederlage zu minimieren. Dies dürfte sich bereits in den Lokalwahlen im März 2024 beobachten lassen.

Das Scheitern der demokratischen Abwahl Erdoğan und der AKP ist nicht nur für die Opposition im Lande eine schwere Enttäuschung. Es ist auch ein ernüchterndes Signal mit Blick auf die weltweiten illiberalen Tendenzen, für die die Türkei-Wahlen einen Trendhättenbrechen können (vgl. Zakaria, 2023). Politische, zivilgesellschaftliche und akademische Verfechter der liberalen Demokratie stehen einmal mehr vor der Frage, wie man Wähler populistischer Kräfte zurückgewinnen kann und wie man sie unter den Bedingungen separierter und polarisierter Informationslandschaften überhaupt erreicht. Auch die große und aktive Zivilgesellschaft in der Türkei wird diese Fragen bewegen und nebenbei täglich um die Erhaltung ihrer Freiheitsräume kämpfen. Ihre dauerhafte und nachhaltige Unterstützung ist essentiell, wenn Europa die Türkei nicht vollends verlieren will.

Quellen

- AnkaReview** (2023). 08.05.2023. [Newsletter, online]. <https://ankahaber.net/AnkaReviewArchives>
- Adar, S.** zitiert in: **Woudwijk, I.** und **Cupolo, D.** (2023). *What drives nationalism in Turkey?* Turkey Recap, 24.05.2023. [Newsletter, online] <https://www.turkeyrecap.com/>
- Apelt, B.** (2023a). *Wie sicher sind die Wahlen in der Türkei?* Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 12.05.2023. [online] <https://www.freiheit.org/de/tuerkei/wie-sicher-sind-die-wahlen-der-tuerkei>.
- Apelt, B.** (2023b). *Krieg in Europa: Die Rolle der Türkei.* Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 16.03.2022. [online] <https://www.freiheit.org/de/tuerkei/krieg-europa-die-rolle-der-tuerkei>
- Bechev, D.** (2023). *Die Türkei unter Erdogan* (1. Aufl.). Hamburg: HarperCollins.
- Cagaptay, S.** (2023). *Turkey's Resilient Autocrat.* Foreign Affairs, 04.05.2023. [online] https://www.foreignaffairs.com/turkey/erdogan-turkeys-resilient-autocrat?check_logged_in=1
- Ciddi, S. und Cook, S. A.** (2023). *Why Turkey Experts Got the Election All Wrong,* Foreign Policy, 17.05.2023. [online] <https://foreignpolicy.com/2023/05/17/turkey-election-results-experts-wrong/>.
- Cevik, S.** (2023). *On the Spot.* A roundup of news and analysis on Turkey's upcoming general election, April 2023. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). [Newsletter, online].
- Ertan, N.** (2023). *Turkey's nationalist candidate basks in glory ahead of Erdogan-Kilicdaroglu run-off.* In: Al-Monitor, 16.05.2023. [online] <https://www.al-monitor.com/originals/2023/05/turkeys-nationalist-candidate-basks-glory-ahead-erdogan-kilicdaroglu-runoff>.
- If Turkey Sacks Its Strongman, Democrats Everywhere Should Take Heart* (2023). In: The Economist, 05.05.2023, [online] <https://www.economist.com/leaders/2023/05/04/if-turkey-sacks-its-strongman-democrats-everywhere-should-take-heart>.
- Hoffmann, M. E.** (2023). *Election Day in Turkey Is This Sunday and Erdogan and the AKP Are on Shaky Ground.* In: New Lines Magazine, 12.05.2023. [online, zuletzt abgerufen 22.06.2023] <https://newlinesmag.com/reportage/election-day-in-turkey-is-this-sunday-and-erdogan-and-the-akp-are-on-shaky-ground/>

- Kilic, S. O.** (2023). *Turkey elections: How the media machine failed voters*. In: Middle East Eye, 09.06.2023. [online] <https://www.middleeasteye.net/opinion/turkey-elections-media-machine-failed-voters-how>.
- Kirişci, K.** und **Esen, B.** (2023): *Erdogan is Losing but the Turkish Opposition is Far from an Assured Victory*. Democracy Paradox. [online] <https://democracyparadox.com/2023/04/17/erdogan-is-losing-but-the-turkish-opposition-is-far-from-an-assured-victory/>.
- Korkmaz, S. S.** (2023). *The Opposition's Strategy*. In: Turkey's Pivotal 2023 Elections, [online] <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/turkeys-pivotal-2023-elections-issues-potential-outcomes-and-what-comes-after>.
- Koru, S.** (2023). *The Question of Erdogan's Succession*. Foreign Policy Research Institute, 05.06.2023. [online] https://www.fpri.org/article/2023/06/the-question-of-erdogans-succession/?utm_source=substack&utm_medium=email.
- Mass arrests in Turkey target Kurdish politicians, journalists, lawyers, and artists* (2023). In: **Medyascope**, 25.04.2023 [online] <https://medyascope.tv/2023/04/25/mass-arrests-in-turkey-target-kurdish-politicians-journalists-lawyers-and-artists/>.
- Milliyet** (2023). *Cumhurbaşkanı Seçimi Türkiye Geneli Sonuçları*. 14.05.2023. [online] <https://secim2023.milliyet.com.tr/14-mayis-2023-secimleri/cumhurbaskanligi-secim-sonuclari/>.
- OSCE** (2023). *Press Conference Live Stream*. 15.05.2023 [online] <https://www.osce.org/odihr/elections/turkiye/537642>
- Seçmen Kütüğü Genel Müdürlüğü** (2023a). *14 Mayıs 2023 Cumhurbaşkanı ve 28. Dönem Milletve-kili Genel Seçimleri. Seçim İstatistikleri Bülteni*. [online] <https://www.ysk.gov.tr/doc/dosyalar/docs/14Mayis2023CBSecimIstatistik.pdf>.
- Seçmen Kütüğü Genel Müdürlüğü** (2023b). *18 Mayıs 2023 Cumhurbaşkanı Seçimi İkinci Oylama. Seçim İstatistikleri Bülteni*. [online] <https://www.ysk.gov.tr/doc/dosyalar/docs/28Mayis2023CBSecimIkinciOylamaBulteni.pdf>.
- Seufert, G.** (2023). *Polls*. In: Turkey 2023. A roundup of news and analysis on Turkey's upcoming general election, April 2023. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). [Newsletter].

Soylu, R. (2023). *Erdogan's Multifaceted Election Strategy*. In: Cagaptay, S. Turkey's Pivotal 2023 Elections. Issues, Potential Outcomes, and What Comes After. The Washington Institute for Middle East Policy, Policy Notes No. 132. [online] <https://www.washingtoninstitute.org/policy-analysis/turkeys-pivotal-2023-elections-issues-potential-outcomes-and-what-comes-after>

Stefanchuk meets with Azovstal defenders in Turkey (2023). **Ukrinform**, 05.06.2023. [online] <https://www.ukrinform.net/rubric-society/3718159-stefanchuk-meets-with-azovstal-defenders-in-turkey.html>

Van Heukelingen, N. und **Püttmann, F.** (2023). *With or without Erdogan, we need to talk about refugees again*. Clingendael. Netherlands Institute of International Relations. [online] https://www.clingendael.org/sites/default/files/2023-05/Clingendael_Alert_With_or_without_Erdo%C4%9Fan_we_need_to_talk_about_refugees_again.pdf.

Zakaria, F. (2023). *Turkey points to a global trend: Free and unfair elections*. In: Washington Post, 19.05.2023 <https://www.washingtonpost.com/opinions/2023/05/19/erdogan-turkey-autocrats-manipulation-elections/>

Zaman, A. (2023). *Deciphering Turkey's new Cabinet: Real reform or window dressing?* In: Al-Monitor, 06.06.2023. [online] <https://www.al-monitor.com/originals/2023/06/deciphering-turkeys-new-cabinet-real-reform-or-windowdressing>.

Über die Autorin



Beate Apelt ist seit Oktober 2021 die Projektleiterin Türkei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF) mit Sitz in Istanbul. Zuvor leitete sie für vier Jahre das Projekt Ukraine und Belarus der FNF in Kyjiw. Frühere Stationen umfassten u.a. die Referatsleitung Südost- und Osteuropa/Nordafrika und Mittlerer Osten in der Geschäftsstelle der FNF in Potsdam sowie die wissenschaftliche Mitarbeit am Osteuropainstitut der Freien Universität Berlin. Beate Apelt besitzt einen Magisterabschluss in Osteuropastudien und Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

Über die Projektregion

Die Region Südost- und Osteuropa wird vom Regionalbüro der Stiftung in Sofia organisiert und hat zahlreiche Projektbüros in der Gesamtregion – darunter Istanbul, Tbilissi, Kyjiw, Bukarest und Belgrad. Neben den zahlreichen Maßnahmen in Bereichen wie Menschenrechte oder liberale Demokratie in den jeweiligen Projektländern, führt das Regionalbüro in Bulgarien eine Reihe von Initiativen und Programmen durch, die eine übergeordnete Funktion für die Region besitzen. So fördert beispielsweise die jährliche „Future of Freedom“-Konsultation das politische Gespräch zwischen Partnern, liberalen Meinungsführern und Multiplikatoren aus Politik und Gesellschaft.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

